

Laibacher Zeitung.



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 15, halbjährig fl. 7.50. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — Insetionsgebür: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 26 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Bahnhofstraße 15, die Redaction Wienerstraße 15. — Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen und Manuscripte nicht zurückgestellt.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Jänner d. J. den Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Colonie in Smyrna Michael Boscovich aus Castelmuro de Cattaro und Karl Koussi aus Ragusa das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kais. Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Februar d. J. die gleichzeitige Berufung des mit der Direction der Theatralischen Akademie provisorisch betrauten Regierungsrathes Dr. Michael Freiherrn von Bidoll zur zeitweiligen Versehung der Functionen eines Directors der orientalischen Akademie allergnädigst zu gestatten geruht.

Gestern wurde das II. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain für das Jahr 1886 ausgegeben und versendet.

- Dasselbe enthält unter
- Nr. 3: Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 4. Jänner 1886, Z. 13117 de 1885, betreffend die Feststellung der Militär-Durchzugsgebür in Krain für die Zeit vom 1. Jänner bis letzten Dezember 1886;
 - Nr. 4: Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 6. Februar 1886, Z. 15668, betreffend die Beibehaltung der vierten Altersklasse in Krain bei der Stellung im Jahre 1886;
 - Nr. 5: Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 8. Februar 1886, Z. 16113, betreffend die Tage und Orte der Hauptstellung der Wehrpflichtigen in Krain für das Jahr 1886.

Von der Redaction des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.
Laibach am 19. Februar 1886.

Nichtamtlicher Theil.

Berhandlungen des Reichsrathes.

Wien, 17. Februar.

Von allem Ballaste befreit, erhob sich gestern der Ballon des Deutschen Clubs stolz in die Lüfte. Es war die erste große Action, welche die Herren der schärferen Tonart auf eigene Rechnung und Gefahr unternahmen, und sie schwelgten auch sichtlich in dem erhebenden Gefühle, sich einmal so recht «unbemuttert» über alle die «kleinlichen Rücksichtnahmen» hinwegsetzen

zu können, die angeblich der freien und mächtigen Entfaltung der ehemaligen Vereinigten Linken so hinderlich gewesen sein sollen. Durch alle diese großen und kleinen Actionen der äußersten Linken geht ein gewisser theatralischer Zug, und nur allzu häufig wird man an Chronegks Kunst erinnert, der mit einigen sehr mittelmäßigen Solokräften, aber einem vorzüglich geschulten Comparserie-Apparat bedeutende äußere Erfolge zu erringen versteht. Diesen äußeren Erfolg haben seine parlamentarischen Bewunderer wohl nun heute nicht errungen, aber die Schuld liegt nicht an der Schule, sondern an den Schülern und daran, daß hier die Recension und Kritik sich unmittelbar an das Schaustück schließt und ein und dasselbe Publicum zum Zeugen und letzten Richter hat. Man hatte zudem ein Sensationsdrama angekündigt und statt dessen wurde eine Parodie auf Nestroy's «Tritsch-Tratsch» aufgeführt, eine Parodie schon darum, weil die Hauptperson da auch nur sagt, was Wiens Aristophanes geschrieben hat. Eines sei Herrn Steinwender, dem gewaltigen Gegner des Uebereinkommens zwischen dem Staate und der Dux-Bodenbacher Eisenbahn-Gesellschaft, rückhaltslos zugestanden: auf eine Ueberrumpelung hat er es in der That nicht abgesehen gehabt, denn seit drei Monaten läßt er sich als den Necken bewundern, der das dormalige Handelsministerium in die Luft sprengen wird, und seit drei Monaten bläst nicht nur er in die Pfeife des Gerüchtes, sondern dirigiert ein ganzes Orchester von Musikanten, die, wie echte Zigeuner, keine Noten kennen und nur nach dem Gehör geigen und die Cymbeln schlagen.

Gestern endlich hat das eigentliche Concert stattgefunden. Herr Steinwender war auch richtig da und hat von all' den Freiheiten der parlamentarischen Tribüne den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Wir glauben, es konnte kein besseres Plaidoyer dafür geben, wie wohlthätig diese Rechte und Freiheiten seien und wie auch etwas mehr Press- und Versammlungsfreiheit nicht von Sünde wäre, als diese seine Rede. Es gibt eine Sorte von Politikern — das letztere Epitheton zwingt uns die Höflichkeit auf — welche nur so lange zu fürchten sind, als sie dem, was sie wissen und sagen können, nur halb und halb Ausdruck geben dürfen. Die erste Hälfte gilt der Drohung oder sie bedeutet eine Renommage, die zweite wird verschwiegen, weil der Vertreter der Behörde angeblich oder wirklich Einwendungen erheben würde. Im Parlamente kann man jedoch sagen, was einem immer auf dem Herzen liegt,

und die ausgezeichnete Punktiermethode verliert infolge dessen an Wert und Bedeutung. Der Herr Abgeordnete Steinwender hat also gestern frischweg von der Leber gesprochen und die längst angekündigte Anklage gegen den Handelsminister Freiherrn von Pino erhoben. Er beschuldigte denselben, die Unterhandlungen mit der Dux-Bodenbacher Eisenbahn persönlich beeinflusst zu haben. Beschuldigte? Wir sind der Ansicht, daß erstens einmal es nicht nur ein Recht, sondern die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit eines Ministers sei, sich für solche Angelegenheiten direct zu interessieren. Es könnte also nur von einer parteiischen, uncorrecten Einflußnahme gesprochen werden. Diese im vorliegenden Falle nachzuweisen, war Herrn Steinwenders heißes Verlangen. Um seinen Zweck zu erreichen, haben er und seine Freunde sich in nicht geringe Unkosten gesetzt. Sie haben ein eigenes schwarzes Cabinet eingerichtet, fiengen Privatbriefe auf und entwickelten eine Thätigkeit, welche die Geheimpolizei des Herrn Sartines schamroth machen mußte, wenn dessen spürsinnige Werkzeuge nicht alle längst in kühler Erde ruhen würden. Diese Briefe wurden gestern verlesen. Stürmische Hört! Hört!-Rufe begleiteten sie ein, je weiter aber Herr Steinwender sich in deren Lectüre vertiefte, desto kleiner wurde das Bedürfnis des Hörens, und grausame Enttäuschung prägte sich auf jenen Gesichtern aus, welche kurz zuvor die Lüftertheit nach einem wildpretartigen Haut-goüt verriethen.

Was vernahmen wir? Eine Gesellschaft von mehr weniger ehrenwerten Herren unterhielt sich eben brieflich über die Verstaatlichung der Dux-Bodenbacher Bahn und jeder davon gab sich die Mühe, dem andern glauben zu machen, er sei eine wichtige und unentbehrliche Persönlichkeit. Solche Käuze gab es immer und wird es immer geben. Man erinnert sich dabei unwillkürlich an den Pfründner, dessen stolzeste Erinnerung darin bestand, den hochseligen Kaiser Franz einmal gesprochen zu haben. Befagter Pfründner rannte als Knabe auf dem Burgplaz dem Kaiser zwischen die Füße. «Gassenhub!», sagte der Monarch und gieng weiter; der also Titulirte rühmte sich aber zeitlebens, Se. Majestät gesprochen zu haben. Wäre er später etwas anderes geworden als ein Pfründner, so hätte er vielleicht das Gespräch anders fructificiert. Herr Steinwender hat nun seinen «Indicienbeweis» auf solch einem Material aufgebaut. Es gab wohl darum im ganzen Hause keinen für die Begriffe des Anstandes und der Ehrlichkeit zugänglichen Abgeordneten, welcher nicht die Entrüstung des Handelsministers getheilt hätte, der, nach 35jäh-

Feuilleton.

Manuela.

Roman von Max von Weisenthurn.
(122. Fortsetzung.)

Gewonnen und verloren.

Zeitig am folgenden Morgen noch war es, als lautes Pochen an der Thür des schwarzen Hauses die Bewohner desselben aufschreckte.

Es dauerte einige Zeit, ehe das Gesicht der alten Tony hinter dem Schieb fenster der Hausthür erschien, um zu sehen, wer der Draußenstehende sei, und dann erst zögernd zu öffnen.

«Ich wünsche, Mademoiselle Latour zu sprechen!» sagte, die Schwelle überschreitend, der Einlaßbegehrende.

«Wer sind Sie und was führt Sie zu so früher Stunde hierher?» fragte die alte Frau mißtrauisch.

«Mein Name ist Capitän O'Donell; ich bin Mademoiselle Latours Freund und komme, um ihr einen Dienst zu erweisen, so lange es noch Zeit ist. Binnen zwei Stunden würde es zu spät sein. Sagen Sie ihr, daß ich sie sprechen muß!»

«Ich weiß nicht, was das bedeuten soll,» entgegnete die Alte ängstlich. «So viel aber steht fest, daß Sie sicher nicht Mademoiselle Latours Freund sind.»

Die Entgegnung, welche Roderich O'Donell sprechen wollte, erstarb ihm auf den Lippen. Wie der

Erde entwachsen stand plötzlich diejenige, welcher der Zweck seines Kommens nach dem schwarzen Hause galt, neben ihm.

«Ich habe Ihre Worte vernommen, Capitän O'Donell,» sprach sie, «und besitze der Freunde so wenige, daß ich keinen Mann, der sich meinen Freund nennt, zurückzuweisen imstande wäre. Dennoch aber werden Sie es begreiflich finden, daß Sie hier zu sehen mich überrascht. Was führt Sie zu so früher Stunde hierher, Sie, den Mann, welcher mich bis nun am allerunbarmherzigsten verfolgte, um sich jetzt plötzlich meinen Freund zu nennen?»

«Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß über Ihrem Haupte eine Gefahr schwebt, welche, Sie treffend, Sie zu vernichten droht; um Ihnen zu sagen, daß Ihr Spiel aus ist, daß alles entdeckt ist und daß ich Sie zum letztenmale zu warnen imstande sein werde. Fliehen Sie, denn nur schleunigste Flucht vermag Sie zu retten!»

«Was hat man entdeckt?» fragte sie mit kühler Reserve.

«Alles, was geschehen ist! Man weiß, daß Sie in der Maste des Majors Falklands mit der Baronin Rosegg auf dem Balle gewesen, daß Sie als Alexander von Saint Claire den Baron erschreckt und ihm im Spiele beträchtliche Summen abgenommen haben, während in Wirklichkeit Alexander de Saint Claire seit Jahren als Blödsinniger im «schwarzen Hause» eingekerkert lebt; kurzum, man weiß alles und hat die Hilfe der Behörde gegen Sie aufgerufen!»

«Natürlich habe ich das alles Ihnen zu danken!» sprach das Mädchen voller Bitterkeit.

«Nein, nicht mir,» gab er, schmerzlich berührt, von ihr so verkannt zu werden, zurück, «nicht mir, sondern dem Grafen Winsleigh!»

«Dem Grafen Winsleigh!» wiederholte sie, und wie im Todesweh kamen diese Worte über ihre Lippen. «Was habe ich ihm gethan, daß er mich so hart verfolgt, er, gerade er?»

Roderich O'Donell, der den Sinn ihrer Worte nicht verstand, entgegnete:

«Er hat einen Detectiv angenommen, der alles ermittelt; sein Verdacht, daß Mademoiselle Latour mit Manuela Rosegg identisch sei, bewog ihn, Ihrer Spur nachzuforschen, und führte ihn so zu diesen Entdeckungen!»

«Ah, und auf diesen Verdacht hin sind auch Sie nach London gefahren, um die arme Mrs. Wilson durch Kreuz- und Querfragen zu ängstigen?»

«Wenn ich das that, so handelte ich durchaus nicht mit Rücksicht auf einen bloßen Verdacht, denn ich besaß die positive Gewißheit, daß der Sarg Manuela Roseggs leer sei!»

In namenlosem Entsetzen blickte das Mädchen den Sprecher an.

«Daß der Sarg leer sei?» stieß sie schwer hervor. «Capitän O'Donell!»

«Mit Hilfe meines Dieners,» erklärte er ruhig, «öffnete ich das Grab und überzeugte mich, daß mein Verdacht Thatsache sei!»

riger aufopfernder Thätigkeit für Kaiser und Staat, sich in die Lage versetzt sah, auf derartige Angriffe zu antworten.

Freiherr v. Pino fand auch die richtigen Worte, um diese Gegnerschaft zu charakterisieren, und mit Ausnahme der Herren der schärferen Tonart gab es niemanden, der über eine solche Kampfmethode nicht den Stab gebrochen hätte. Was er zu seiner Vertheidigung zu sagen mit seiner Stellung unvereinbar hielt, das sagte nach ihm der Sectionschef Puffwald, dessen ausgezeichnete Rede auf das Haus einen tiefen Eindruck machte. Nicht der Parteifreund des Cabinets, nicht der Mitarbeiter des Handelsministers, der österreichische Beamte aus der alten guten Schule war es, der mit vor Erregung vibrierender Stimme das Vorgehen der Centralbehörde vertheidigte. Es sei hier constatirt, daß nach den Ausführungen Puffwalds der Uebermuth der Herren von der äußersten Linken sichtlich einem Gefühl der Niedergeschlagenheit wich. Sie sahen ein, umsonst in einem Sumpfe gewatet, umsonst zu den Waffen des Scandals gegriffen zu haben; der Roth, den sie aufgewühlt, hat nur ihre eigene Flagge bespritzt.

Aber der Scandal ist eben das Lebenselement mancher moderner Politiker, und das hat auch Herr Dr. Pickert bewiesen. Der Herr Abgeordnete für Schluckenau sprach über den Wahlgerichtshof, und da er über diese Institution wohl so viele Studien gemacht, wie die Leitmeritzer Späßen über den Comnabacillus des Professors Koch, so verlegte er sich lieber auf die Gedankenleserei. Er fand nämlich, daß zwei Minister gelegentlich der Rede Hausners durch ihr Mienenspiel das vollste Einverständnis mit den Ansichten des Abgeordneten von Sambor zu erkennen gaben. Wäre nicht die Tendenz dieser Anschwärzung eine zu offenkundige gewesen, man müßte über einen Politiker lachen, der bereits auf die Nasenflügel-Zuckungen der Minister seine Conjecturen baut. Daß Herr Dr. Pickert einfach der Wahrheit ins Gesicht geschlagen hat, wollen wir nur nebenbei erwähnen; charakteristisch im hohen Grade bleibt es jedoch, daß es Leute gibt, welche jede Gelegenheit ergreifen, um einen Gegensatz zwischen den Regierungen eng befreundeter Staaten herauszufinden, bloß um ihren eigenen Zwecken zu dienen und auf die Gefahr hin, die wechselseitigen Beziehungen zu trüben. Glücklicher Weise geht die Sonne ihre Bahnen, auch wenn der Hahn um Mitternacht den Morgen verkündet.

Die gestrige Sitzung nahm folgenden Verlauf: Nach Verlesung des Einlaufes wird die Debatte über den Antrag Coronini wegen eines Wahlprüfungs-Gerichtshofes fortgesetzt. Abg. Dr. Pickert erklärt, daß zwingende Gründe dafür vorhanden seien, daß sich das Parlament eines so wichtigen Rechtes, wie das Wahlprüfungsrecht, begeben. Die Annullierung der oberösterreichischen Großgrundbesitzwahlen werde im Zusammenhang mit dem dieselbe mißbilligenden Spruche des Reichsgerichtes von der gesammten deutsch-österreichischen Bevölkerung als greller Mißstand empfunden. Es scheine, daß man damit und mit dem Falle Puzyna und Bulat einen Vorgeschemack geben wolle, wie in Zukunft bei der Verification von Wahlen aus Galizien und Dalmatien vorgegangen werden wird. Ein Gerichtshof brauche kein idealer zu sein und doch werde er dem Parteileben ungleich mehr entrückt sein als Majoritäten, wie man sie hier kennen gelernt habe.

«Und Sie, ein Mann, der so gegen mich intriguiert, Sie haben den Muth, sich meinen Freund zu nennen?»

«Ja, ich habe den Muth, denn ich bin in Wirklichkeit Ihr Freund, wenn auch der Schein gegen mich spricht. Von der Stunde an, in der ich Ihre Identität mit der Schauspielerin, welche ich als Ophelia in Newyork gesehen hatte, constatirte, muthmaßte ich, daß Sie nicht die seien, für welche Sie sich ausgaben! Ich überwachte Sie scharf, aber auch anderen blieb Ihr Geheimnis nicht verborgen, und alles steht deshalb für Sie auf dem Spiele, wenn Sie nicht fliehen, so lange es noch Zeit ist!»

«Und Sie, Capitän O'Donell, Sie, der Sie mich hassen, Sie kommen hierher, um mir diese Warnung zu sagen?»

«Der ich Sie hasse?» wiederholte der junge Mann. «Womit habe ich Ihnen denn bewiesen, daß ich Sie hasse? Ich kenne Manuela Rosseggs traurige Geschichte, und ich glaube selbst in dieser Stunde, daß mehr gegen sie gesündigt wurde, als wie sie selbst fehlte. Einen großen Fehler hat sie begangen; sie hat selbst Wiedervergeltung üben wollen und nicht der Worte gedacht, die da lauten: «Die Rache ist mein!» Manuela, ich beklage Sie von ganzem Herzen! Verzeihen Sie mir alle harten Worte, welche ich je zu Ihnen gesprochen habe. Lassen Sie mich von dieser Stunde an Ihr Freund, Ihr Bruder sein! Reichen Sie mir versöhnt die Hand; ich kann und will nicht in Feindschaft von Ihnen scheiden!»

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Rede des Fürsten Bismarck sei der Schluss zu ziehen, daß gegenüber den deutschfeindlichen nationalen Bestrebungen anderer Völker der deutsche Kanzler die noch immer nicht genug nationalen Deutschen zu nationaler Begeisterung entflammen wollte. (Lebhafter Beifall links.) Es sei auffällig, daß die Regierung zu dem Antrage und zu den gehässigen Angriffen gegen den ersten Minister des verbündeten Staates geschwiegen habe. Die Zurückweisung des Antrages seitens der Majorität sei begreiflich, hoffe sie doch auf diese Art die Zweidrittel-Majorität und damit das heißersehnte Ziel der Slavifizierung Oesterreichs zu erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Abg. Dr. Jaques kann der Einwendung Hausners, daß der Antrag zu einer Beeinträchtigung des Parlamentarismus führe, gar keine Berechtigung zugestehen; ebenso treffe auch die Analogie zwischen der Uebertragung der Wahlprüfung an ein Gericht und der Rückübertragung der Rechtsprechung von den Geschworenen an die Gerichte keineswegs zu. Redner polemisiert sodann gegen den Abgeordneten Kronawetter, dessen social-demokratische Bezirksbergerei ihn an Zettel den Weber erinnert; macht darauf aufmerksam, daß in den Vereinigten Staaten das Oberste Bundesgericht sogar über die Giltigkeit von Gesetzesbeschlüssen des Congresses entscheide. Und doch liege darin keine Schwächung des Parlamentarismus. Er ermahnt schließlich die Majorität, zu bedenken, daß dieser Antrag auch ihr einmal zugute kommen könnte, da Glück und Macht im parlamentarischen Leben ebenso wechselvoll seien wie im Kriege. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Kronawetter (zur thatsächlichen Berichtigung) antwortet dem Abgeordneten Pickert bezüglich seiner Anspielungen auf die Vorgänge bei den Wahlen in Wien, daß seine Partei eben nur dasselbe gethan habe, wie die Gegenpartei, aber auf eigene Kosten und ohne fremde Subvention. Alle Verbesserungen der Wahlordnung verdanke man nur den Grafen Hohenwart und Taaffe, aber nicht der deutsch-liberalen Minorität, welche die Wahlreform-Anträge ohne Unterstützung gelassen habe. Abg. Klaič berichtigt einige Behauptungen des Dr. Jaques über die Wahlvorgänge in Dalmatien.

Der Antrag Coronini wird hierauf an den Wahlreform-Ausschuß gewiesen; der Antrag auf Zuweisung an einen Sonder-Ausschuß bleibt mit 149 gegen 130 Stimmen in der Minorität.

Es folgt die Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend die Betriebsübernahme und eventuelle Einlösung der Prag-Duxer und der Dux-Bodenbacher Eisenbahn durch den Staat.

Abg. Dr. Steinwender macht eine Reihe von Bedenken gegen die Verstaatlichung dieser Bahn geltend. Er hält es nicht für richtig, daß die Eisenbahnrente steigen müsse; diese Annahme stehe mit dem Sinken des Zinsfußes und der Grundrente im Widerspruch. Vielmehr sei ein Steigen der Ausgaben und ein Sinken der Betriebsergebnisse wahrscheinlich, umso mehr, als ein Elbe-Umschlagsplatz errichtet und der Anschluß an die deutschen Bahnen hergestellt werden müsse. Außerdem sei die Bahn vollständig von dem Kohlenbergbaue und dessen Conjunctionen abhängig. Redner bespricht die verschiedenen Wechselfälle, welche die in Rede stehende Bahn betreffen, und warnt vor deren Anlauf. Er bespricht die Transactionen zur Sanierung der Prag-Duxer Bahn und bemerkt, daß dieselbe durch die Uebernahme der Prag-Duxer Bahn, durch die gut situierte Dux-Bodenbacher gekrönt und garantiert werden sollten. Es sei auch zum Verkaufe der ersten Bahn durch die letztere gekommen, und zwar mit Hilfe von Faisseurs und Strohmännern. Die für das Uebereinkommen vereinbarten Vorbedingungen seien nicht erfüllt worden, das Consortium habe seinen Actien- und Prioritätenbesitz mobilisiren können, und es sei nur darauf angekommen, beide Bahnen dem Staate anzuhängen, was vom Anfange an der Zweck der ganzen Transaction gewesen sei. Er verliest hierauf eine Reihe von Stellen aus Briefen, welche den Charakter jener Transactionen illustriren sollen und deren Originale er jedem Untersuchungsausschuße, eventuell auch dem Staatsgerichtshofe vorzulegen bereit ist. Er schließt mit dem Ausdrucke der Erwartung, daß das Haus eine nach solchen Transactionen zustande gekommene Vorlage verwerfen werde. (Beifall links.)

Se. Excellenz der Handelsminister Freiherr von Pino bezeichnet als bedauerliche Erscheinung, die sich ins öffentliche Leben eingeschlichen habe: das Kampfmittel der Verdächtigung. Er kann nur seinem Erstauen Ausdruck geben über die Maulwurfsarbeit, welche aus den schmutzigsten Quellen das Material schöpfe, deren Zweck bloß dahin gerichtet sei, auf die Privatverhältnisse eines Mannes einen Schatten zu werfen und dadurch seine Stellung zu erschüttern. Er weist mit Entrüstung alle Insinuationen zurück und erklärt, daß man ihm höchstens den Vorwurf machen könne, daß er Leute empfangen habe, die sich später als Schurken herausstellten. Wenn ein Mann durch dreißig Jahre nahezu in allen Ländern der Monarchie unter den schwierigsten Verhältnissen seine Pflicht gethan,

dann sollte doch Ihr eigenes Gerechtigkeitsgefühl Ihnen sagen, daß ein solcher Mann, in den Rath der Krone berufen, unmöglich solchen Insinuationen entsprechend handeln konnte. Er könne auch dem strengsten Richter kühn ins Auge blicken, vor jedem seine Handlungsweise als Mensch und als Beamter vertreten. Solche Verdächtigungen sollten in einem Parlamente nicht vorkommen. Das Haus werde solchen Insinuationen nicht nachgeben und nicht dulden, daß jene die Oberhand bekommen, welche der Scandalucht Vorschub leisten. Der Minister schließt mit dem Bewußtsein, daß alle Verleumdungen und Verdächtigungen ihm nicht die Sicherheit seiner Ueberzeugung und das Bewußtsein seiner Würde rauben können. (Beifall rechts.)

Regierungsvertreter Sectionschef Freiherr von Puffwald weist darauf hin, daß, als die Verstaatlichungsaction überhaupt begann, viele Personen sich mit der Frage beschäftigten, und es daher gar nichts Merkwürdiges sei, daß der Chef eines damals hoch accreditirten Institutes, Weniger, sich mit einem bezüglichen Elaborate an den Minister wendete. Redner erörtert die Chancen der verschiedenen gemachten Vorschläge zur Sanierung der Prag-Duxer Bahn und weist nach, daß die schließliche Vorlage den öffentlichen Interessen am besten entspricht und auf der reellsten Basis beruht: Der Gewinn des Consortiums sei auch nicht annähernd so hoch gewesen, als es Dr. Steinwender berechne. Er empfiehlt die Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen. Die Abg. Richter und Genossen interpellieren den Ministerpräsidenten wegen der Ueberwachung der ausländischen Versicherungsgesellschaften.

*

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff in der fortgesetzten Verhandlung über die Verstaatlichung der Prag-Duxer Bahn Se. Excellenz der Handelsminister Pino das Wort. Derselbe erklärt betreffs des Besuches, den der Prioritäten-Curator Dr. Leberer bei ihm machte, daß er demselben das äußerste Maß dessen bezeichnete, was er zugestehen könne. Auf Grund der hierauf erfolgten Eingabe der Prag-Duxer Bahn wurden weitere Verhandlungen gepflogen. Der Minister wies die Angelegenheit dem Referenten mit der Instruction zu, daß für das Staatsinteresse Geheime zu erzielen. Während des ganzen Laufes der Verhandlungen habe der Minister weder mit dem Referenten noch mit dem Vertreter irgend welcher Gesellschaft oder sonst jemanden über die Sache mehr gesprochen, was der Referent Wittel bestätigen werde. Das zu erzielende Resultat wurde dem Minister vorgelegt, der es genehmigte. Jede Insinuation, daß der Minister etwas anderes genehmigte, als er anfangs feststellte, müsse er zurückweisen. Es geschehe im Laufe aller Verhandlungen, daß man das Äußerste verlangt und sich dann fragt, ob das wirklich Erreichbare vortheilhaft und acceptabel sei. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rieger bezeichnet das Ganze als ein Gewebe von Vermuthungen, Verdächtigungen und Verleumdungen; factisch liege nichts vor, als ein Brief an Weniger, der nichts beweist, als daß die Verstaatlichung ins Auge gefaßt wurde. Wo sei der Beweis, daß man hier «Trinkgelber» gegeben habe? Die Correspondenz anderer Leute beweist nichts, denn diese sammeln sich um den Minister, wie Insecten um die Flamme. Daß das Consortium gewinnen wollte, sei begreiflich, denn Eisenbahnen baue man nicht aus christlicher Nächstenliebe oder aus Patriotismus; diese Leute wollen verdienen. Die Vorgeschichte gehe uns nichts an, wir kümmern uns nur, ob der Vertrag vortheilhaft ist oder nicht. Der Redner weist nun nach, daß es für Oesterreich sehr vortheilhaft sei, beide Bahnen in den Staatsbesitz zu bekommen, wobei der Staat gar kein Risiko hat und den ganzen Verkehr in das Ausland in die Hand bekommt. Die Sache wurde zu einer persönlichen Angelegenheit zugespitzt, aber die Verantwortlichkeit eines Handelsministers sei ideal. Das Resort desselben sei zu umfangreich; die Verantwortlichkeit treffe die Sectionschefs und die Hofräthe, und diese wissen sich zu vertheidigen, wie schon gezeigt wurde. (Lebhafter Beifall.)

Sectionschef Wittel erklärt, daß er das Referat in der Sache führte und ihm der Minister thatsächlich keine andere Instruction gab, als das Staatsinteresse zu wahren; er weist die Vorthelle des Uebereinkommens nach, wodurch der Staat den Verkehr beider Bahnen in die Hand bekomme; in der Steuerfrage und der Garantie-Frage entspreche das Uebereinkommen genau den staatlichen Rücksichten; er empfiehlt daher die Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nachdem noch Abgeordneter Lueger gegen die Vorlage gesprochen, erfolgt die namentliche Abstimmung über den von Dr. Poklukar gestellten Antrag auf Schluß der Debatte, welcher mit 137 gegen 130 Stimmen abgelehnt wird.

Sectionschef Puffwald weist dem Abg. Lueger gegenüber nach, daß die Concession Klostergrab-Wulbe

eine correcte sei, das österreichische Gesetz enthalte nicht die Bestimmung auswärtiger Gesetze, daß die Verbindung großer Bahnen unter die Localbahnen subsummiert werde; der Ausdruck «Localbahn» enthalte ein Mißverständnis, richtiger sei «Secundärbahn» zu sagen.

Sectionschef Czedit erklärt den Umstand der Ernennung Pechars. Die Verlegung der Betriebsleitung nach Prag war eine Nothwendigkeit des Verkehrs. Er konnte nach bestem Wissen niemand Besseren empfehlen als ihn, der sehr angefeindet, aber ausgezeichnet ist und der Sache ganz gewachsen ist.

Abg. Kronawetter spricht gegen die Vorlage. Das Project von 1882 war günstiger, als das vorliegende. Er erklärt, das Localbahngesetz dürfe nicht mehr verlängert werden, und tabelt die Regierung, daß sie die Prag-Duxer Bahn nicht in Betrieb nahm; mit der anderen wäre man dann leichter fertig geworden; Redner beantragt den Uebergang zur Tagesordnung.

Hier wurde die Debatte abgebrochen. — Nächste Sitzung Freitag.

Aus der Handels- und Gewerbekammer.

(Fortsetzung.)

Nachdem nun durch eine allgemeine Reichsversicherung den einzelnen Provinzen und Gemeinden eine Last benommen, weil dadurch dem Armen- und Bettelwesen gesteuert werden würde, so wäre es andererseits nur recht und billig, wenn sich die Provinzen an dem Versicherungswerke direct betheiligen möchten. Bezüglich der finanziellen Gebarung, resp. bezüglich der Verwendung eines eventuellen Erträgnisses, sowie bezüglich eines Ausfalles wird folgender Vorschlag gemacht:

Ein etwaiger Ueberschuss aus dem Prämienerrträgnisse über die Lasten würde mit $\frac{1}{2}$ in den eigenen Reserverfond, mit $\frac{1}{3}$ in den Reserverfond des Reiches und mit $\frac{1}{3}$ in den Reserverfond der Provinzen für die Universal-Reichsversicherung fließen. Desgleichen würde auch ein etwaiger Ausfall zu gleichen Theilen aus den erwähnten Reserverfonden gedeckt werden.

Die Vertheilung des einen Drittels unter die Versicherungs-Reserverfonde der Provinzen möge nach Maßgabe der Mitgliederzahl geschehen, wobei 1000 Mitglieder als Einheit zu gelten hätten.

Diese Inanspruchnahme der erwähnten Fonde dürfte jedoch nur vorübergehend erscheinen, und möge sie durch eine stete Controle und Regelung der Tarife vermieden werden.

Weil nun auf diese Weise das Reich und die Provinzen in finanzielle Contacte mit der Versicherungs-Institution treten würden, so mögen dieselben aber auch im Sinne des nachfolgenden Organisations-Entwurfes auf deren Verwaltung Ingerenz nehmen.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen erlaubt sich die ergebenst unterzeichnete Kammer nachstehenden Organisations-Entwurf zur Universal-Versicherung der Arbeiter vorzulegen.

1.) Der Zweck einer «Universalversicherung» wäre: Die Versicherung der Arbeiter und der untergeordneten Beamten gegen Krankheit, Unfälle, Invalidität, sowie die Versicherung behufs ihrer Altersversorgung.

2.) Zur Vertretung und Geschäftsführung wäre ein «Reichs-Versicherungsamt» mit den demselben unterstehenden «Provinzial-Versicherungsämtern» zu errichten. Die Provinzial-Versicherungsämter würden auch selbstständige Abtheilungen für Dienstvermittlungen haben.

3.) Die Versicherungspflicht hätte sich auf alle männlichen und weiblichen Arbeiter, rücksichtlich untergeordneten Beamten des Handels, der Industrie, der Gewerbe, der Forst- und Landwirtschaft — letztere jedoch nur aus jenen Betrieben, die mindestens fl. 100, — an Grundsteuer ohne Staatszuschläge zahlen — ohne Begrenzung zu erstrecken.

4.) Der Eintritt würde auch den minderen Betriebsunternehmern der Land- und Forstwirtschaft sowie deren Arbeitern, welche hierzu obligatorisch nicht verpflichtet sind, gestattet sein, wenn dieselben innerhalb der Versicherungs-Bestimmungen daran theilnehmen wollten.

5.) Besondere Bestimmungen bezüglich der Versicherungsansprüche und rücksichtlich der Beitragsleistung hätten in folgenden Fällen Anwendung zu finden:

a) männliche Arbeiter im Alter von über 60 Jahren und weibliche Arbeiter von über 50 Jahren hätten, wenn bei ihrem Eintritte Gebrechen nachgewiesen würden, Ansprüche nur auf die halben Beneficien für Altersversorgung;

b) Lehrlinge und Praktikanten unter dem 18. Lebensjahre hätten bis zur Vollendung dieses Alters nur die halben Beiträge zu leisten und dafür auch nur Anspruch auf die halben Bezüge für Krankheit und Invalidität. Mit dem 18. Lebensjahre würden sie jedoch in die vollen Versicherungspflichten und Rechte treten und insolge dessen auch erst die Berechnung der Versicherungsdauer bezüglich der Beneficien für Altersversorgung anfangen.

6.) In die Verwaltung des Reichs-Versicherungsamtes hätte zu ernennen:

- a) $\frac{1}{3}$ der Mitglieder die hohe Regierung,
- b) $\frac{1}{3}$ die Arbeitgeber aller Provinzen, und
- c) $\frac{1}{3}$ die Versicherten im Verhältnisse zur Mitgliederzahl der Provinzial-Versicherungsämter.

7.) In die Verwaltung der Provinzial-Versicherungsämter hätten:

a) $\frac{1}{3}$ die Mitglieder der politischen Landesbehörden im Einvernehmen mit den Landesauschüssen zu ernennen,

b) $\frac{1}{3}$ die Arbeitgeber, und

c) $\frac{1}{3}$ die Versicherten der bezüglichen Provinzen zu wählen.

Für jeden Delegierten sowohl des Reichs-Versicherungsamtes als der Provinzial-Versicherungsämter wären Ersatzmänner zu wählen, welche im Verhinderungsfalle der Delegierten deren Functionen zu übernehmen hätten.

Der vorstehend beantragte Organisationsmodus der Verwaltung der Versicherungsämter entspricht dem § 16 der Unfallversicherungs-Gesetzesvorlage.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Inland.

(Im Abgeordnetenhaus) wurde vorgestern die Debatte über die Verstaatlichung der Dux-Bodenbacher Eisenbahn fortgesetzt. Unter den von der Regierung eingebrachten Vorlagen befindet sich das Landsturmgesetz.

(Staatsbürgerschafts-Gesetz.) Wie die «Armee- und Marine-Ztg.» erfährt, ist die Regierung damit beschäftigt, ein Gesetz über den Erwerb und Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft auszuarbeiten und der parlamentarischen Behandlung zuzuführen. Dieses Staatsbürgerschafts-Gesetz, welches sich als Ausführungs-gesetz zu dem Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger darstellt, würde eine in der Verwaltung längst empfundene Lücke schließen und stellt sich angesichts der Legislative unserer Nachbarländer gerade im gegenwärtigen Augenblicke als eine dringende Nothwendigkeit dar.

(Ungarn.) Das ungarische Abgeordnetenhaus hat vorgestern das Budget des Justizministeriums im Fluge erledigt. Wohl hatte die Opposition gerade bezüglich dieses Budgets gar mancherlei auf dem Herzen; mit zartsinniger Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Ministers Pauler, der, allseitig mit herzlichem Elens begrüßt, zur Vertretung seines Budgets seit langer Zeit zum erstenmale im Hause erschien, verzichteten jedoch die sämtlichen vorgemerkten Redner, bis auf A. Lazar, aufs Wort, und auch dieser machte seine Sache kurz und glimpflich ab. Mit der Botierung des Justizbudgets war die Budgetdebatte beendet.

Ausland.

(Die türkischen Rüstungen.) Nach Constantinopeler Meldungen der «Pol. Corr.» hat das türkische Kriegsministerium eine Truppenverschiebung in größerem Maßstabe angeordnet. Ein beträchtlicher Theil der an der ostrumelischen Grenze cantonierenden Truppen wird von dort zurückgezogen und nach der griechischen Grenze dirigiert. Der Transport erfolgt mittelst Eisenbahn nach Dedeagatsch und von dort mittelst Dampfschiffe nach Salonichi, von wo die Truppen ihre neuen Cantonnements in Fußmärschen erreichen. Der Dampfer «Pollux» des österreichisch-ungarischen Lloyd ist diesertage mit einem für die türkische Armee bestimmten Transport von 350 ungarischen Pferden in Constantinopel eingetroffen. Das Panzerschiff «Mahmudié» geht diesertage nach dem Golfe von Ismid ab, woselbst es Uebungen mit Torpedos vornehmen und sich sodann nach Kreta begeben wird.

(Zur europäischen Flottendemonstration.) Einem Schreiben aus Canea entnimmt man, daß drei englische Panzerschiffe, ferner ein italienisches und ein österreichisches Kriegsschiff in der Subabai angelangt sind. Nach den in die Deffentlichkeit gedruckenen Mittheilungen wird die vereinigte Flotte in der Weise in Action treten, daß die Behörden eines eventuell von einem griechischen Kriegsschiffe bedrohten Küstenortes hievon allsogleich die kaiserlichen Behörden verständigen, welche ihrerseits die entsprechenden Meldungen dem englischen Admiral zugehen lassen.

Tagesneuigkeiten.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie die «Salzburger Zeitung» meldet, dem katholischen Gesellenvereine in Hallein zur Bestreitung der anlässlich des Anlaufes und der Adaptierung des Vereinshauses contrahierten Schulden 200 fl. zu spenden geruht.

(Goethe an Mickiewicz.) Der «Gaz» entnimmt den vom Sohne des Dichters Adam Mickiewicz herausgegebenen Melanges Posthumes ein bisher unbekannt gebliebenes Gedicht Goethe's an den berühmten polnischen Poeten. Dieses Verses machte früher nur Ody-

nier in seinen Reisebriefen Erwähnung. Der Sohn des polnischen Dichters bemerkt, sein Vater habe diesen Vers, der auf einer goldberänderten Karte niedergeschrieben ist, bis in seinen Tod unter seinen Papieren aufbewahrt. Der Vers lautet:

Des Menschen Tage sind verflochten,
Die schönsten Güter angeflochten,
Es trübt sich auch der freiste Blick;
Du wandelst einsam und verdrossen,
Der Tag verschwindet ungenossen
Im abgesonderten Geschick.

Wenn Freundes Antlitz dir begegnet,
So bist du gleich befreit, gesegnet,
Gemeinsam freust du dich der That.
Ein Zweiter kommt, sich anzuschließen,
Mitwirken will er, mitgenießen,
Verdreifacht so sich Kraft und Rath.

Von äußerem Drang unangefochten,
Bleibt Freunde so in eins verflochten,
Dem Tage gönnet heitern Blick!
Das Beste schafft unverdrossen;
Wohlwollen unser Zeitgenossen,
Das bleibt zuletzt erprobtes Glück.

Weimar, 28. August 1829. J. W. Goethe.

(Ein guter Fang.) Wie aus Budapest telegraphiert wird, ist es der Polizei gelungen, die Thäter der meisten in der jüngsten Woche verübten Einbruchsdiebstähle zustande zu bringen. Bezüglich des Einbruchsdiebstahles im Fodor'schen Juwelierladen haben die Recherchen ergeben, daß der gleich am Tage nach dem Einbruche verhaftete Julius Stern einer der Thäter ist. Die Sicherheitsbehörde ist im Besitze von Beweismitteln, wodurch die Schuld Sterns außer jeden Zweifel gestellt wird. Auch einer der Fehler der Polizei bereits bekannt. Dieser hatte bei der Ankunft der Polizei bereits einen Theil der Beute verfilbert, und wurde bei ihm der Erlös für die verkauften Pretiosen, gegen 7550 fl., gefunden.

(Pariser Ausstellung im Jahre 1889.) Dem Journal «Paris» zufolge wird die französische Regierung einen Entwurf für eine große nationale Ausstellung im Jahre 1889 vorbereiten, falls die Ausstellung infolge der Enthaltung des Auslandes keine internationale sein könnte.

(Zu viel verlangt.) Professor: «Ich weiß nicht, ich verpüre heut' immer so einen brandigen Geruch im Classenzimmer. Müller, riechen Sie nichts?» — Müller: «Nein, Herr Professor!» — Professor (vorwurfsvoll): «Aber, Müller Sie als der Älteste solltens doch riechen!»

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

(Sitzung vom 20. Jänner.)

(Fortsetzung.)

Abg. Kernik referiert namens des Finanzausschusses und beantragt: a) Der Landesauschuss wird ermächtigt, im Sinne des in der neunten Sitzung vom 3. Oktober 1882 gefassten Landtagsbeschlusses mit der Stadtgemeinde Laibach im Falle des Baues einer Caserne vonseite derselben das Uebereinkommen auf Grund der Pauschalsubvention im Höchstbetrage jährlicher 4000 fl. zu treffen; b) falls ein solches Pauschalübereinkommen nicht zu erreichen wäre, hat sich der Landesauschuss nach den Beschlüssen der ersten Sitzung vom 3. Oktober 1882 lit. b und c zu richten.

Abg. Grasselli bedauert es im Interesse der Landeshauptstadt Laibach auf das lebhafteste, daß die seitens der Gemeinde in dieser wichtigen Frage gemachte Proposition nicht angenommen werde. Redner würde den Antrag des Gemeinderathes wieder aufnehmen, allein seine Mühe wäre zwecklos. Damals, als man die Landeshauptstadt seitens der Landesvertretung des wichtigen Vorrechtes, ihre Schulen selbst zu erhalten, entkleidete, sei betont worden, es werde sich Gelegenheit finden, seitens der Landesvertretung manches im Interesse der Landeshauptstadt zu thun. Nun, bis jetzt sei von diesem Wohlwollen noch nichts zu bemerken, und Redner sehnt die Zeit herbei, wo sich das angekündigte Wohlwollen auch praktisch bethätigen werde.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Finanzausschusses angenommen.

Abg. Hren referiert namens des Verwaltungsausschusses und beantragt, daß der Landtag das nachfolgende Gesetz annehmen und den Landesauschuss beauftragen soll, demselben die Allerhöchste Sanction zu erwirken: Gesetz vom . . . , gültig für das Herzogthum Krain, betreffend die Haftung der Stadtgemeinde Laibach für die zu errichtende städtische Sparcasse. Ueber Antrag des Landtages Krains Herzogthums Krain finde Ich zu verordnen, wie folgt: § 1. Der Stadtgemeinde Laibach wird die Uebernahme der allgemeinen Haftung und der besonderen Garantie für die auf Grund der Gemeinderathsbeschlüsse vom 31. Mai 1882, 11. November 1883, 5. Mai 1884 und vom 31. März 1885 zu errichtende städtische Sparcasse, vorbehaltlich der behördlichen Genehmigung der betreffenden Statuten, bewilligt. § 2. Mein Minister des Innern wird mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Abg. Luchmann erklärt, er finde es natürlich, daß man jetzt, wo die Sparcasse-Institute florieren, an die Gründung solcher Institute gehe. Die krainische Sparcasse

wurde von sechs Bürgern der Landeshauptstadt Laibach gegründet, und heute betrage das von ihr verwaltete Vermögen zweiundzwanzig Millionen, der Reservefond zwei Millionen, und außerdem wurden seit dem Bestehen des Institutes zweiundneunzig Millionen für wohltätige Zwecke verausgabt. Allein anders, als bei der Gründung der krainischen Sparcasse, stünde die Sache heute. Es zeige sich die erschreckende Thatsache, dass alles Capital nur den Sparcassen zuflüsse, während Handel und Industrie stocken. Der Geldüberfluss in den Sparcassen wachse fortgesetzt, und die krainische Sparcasse habe drei bis vier Millionen mit 3 pCt. angelegt, ohne deshalb ihren Interessensfuß von 4 pCt. herabzusetzen, damit durch eine bessere Verzinsung der Sparcassen bei den kleineren Einlegern geweckt und gefördert werde. Ein neues Institut, wie die städtische Sparcasse, würde an Sparanlagen auch keinen Mangel leiden; von Triester und Wiener Banquieren erhalte man Beträge nach Millionen. Aber wohin mit dem Gelde? Die pupillarmäßigen Hypotheken seien besetzt, die Papiere aber haben einen solchen Stand erreicht, dass sie wohl fallen, jedoch kaum steigen können. Redner sagt, ihn, als Stadtkind und Bürger Laibachs, würde die Prosperität der städtischen Sparcasse freuen; allein er habe doch Bedenken gegen die unbeschränkte Garantie der Stadt. Es sei zu bedenken, dass der Laibacher Gemeinderath derzeit lediglich aus Nationalen zusammengesetzt sei, dass in demselben die höchsten Steuerträger der Stadt gar nicht vertreten seien, und wenn sie es wären, bei ihren Anträgen überstimmt werden. Was nun, wenn ein Unglück, eine finanzielle Katastrophe eintreten sollte? Der Flut folgt stets die Ebbe; das Gleiche werde auch bei den Sparcassen der Fall sein. Ein junges Institut habe in der Regel viele Papiere. Welch ein Rückschlag bei der geringsten politischen Verwickelung! Ist die Garantie der Stadtgemeinde für die städtische Sparcasse eine unbeschränkte, dann wisse der mithaftende Steuerträger nicht, ob sein Haus noch sein Eigenthum sei. Redner glaubt daher, der Garantiefond werde mit dem Betrage von einer halben Million Gulden genügen, denn nicht die Höhe desselben, sondern das persönliche Vertrauen in das Institut und dessen Leitung seien für die Prosperität desselben maßgebend. Redner wünsche der zu gründenden städtischen Sparcasse viel Glück, müsse aber die Einschaltung beantragen, dass die Garantie nur bis zum Höchstbetrage von 500 000 fl. bewilligt werde.

(Fortsetzung folgt.)

(Die Reise Ihrer Majestät der Kaiserin.) Ihre Majestät die Kaiserin ist gestern morgens um 8 Uhr mit einem Separathofzuge der Südbahn nach ektägiger Abwesenheit von Wien aus Fiume im besten Wohlsein wieder in der Residenz eingetroffen. Se. Majestät der Kaiser hatte sich in Begleitung des Flügeladjutanten Major von Chavanne kurz vor Ankunft des Hofzuges zur Begrüßung der Kaiserin auf dem Südbahnhofe eingefunden. Nach erfolgter Ankunft der hohen Frau führen Ihre Majestäten der Kaiser mit der Kaiserin gemeinschaftlich in geschlossener Hofequipe in die Hofburg. In weiteren Wagen folgte die Suite, unter derselben Obersthofmeister Freiherr von Nopcsa und Hofdame Gräfin Festetics. Kurz nach erfolgter Ankunft in der Hofburg fand sich die Kaiserin in den Appartements des Kronprinzenpaares ein, um sich persönlich nach dem Befinden des Kronprinzen Rudolf zu erkundigen.

(Der Laibacher Kohlenhandel en détail.) Am Schlusse der unter diesem Titel in unserer dienstägigen Nummer gebrachten Notiz gaben wir u. a. der Vertwonderung über die seltsame Rolle der hier üblichen «offenen Kohlenfäcke» berechtigten Ausdruck und folgerten daraus: «Offenbar klüger und viel zweckentsprechender wäre es, entweder die enorme Regie möglichst zu vereinfachen oder eine mäßige Preissteigerung insgesamt eintreten zu lassen und dabei reell und coulant vorzugehen.» Dem Vernehmen nach wurden die betreffenden Auseinandersetzungen von der öffentlichen Meinung im allgemeinen beifällig aufgenommen, und nur der eben citierte Schlusspassus soll einigermaßen den Stein des Anstoßes gebildet haben, indem die Behauptung aufgestellt und ausgesprengt wurde, als wären wir direct für eine Kohlenpreissteigerung überhaupt eingetreten. Eine solche Insinuation müssen wir zurückweisen. Wir haben doch vor allem eine thunlichste Vereinfachung und Reduction der enormen Regie bei der Kohlenzustellung befürwortet (und diese ist ja doch der eigentliche Haken an der misslichen Sache!), und nur für den Fall, als deren Durchführung «unter sieben Händlern» nicht leicht denkbar wäre, haben wir (also wohl erst in zweiter Linie!) eine eventuelle mäßige Preissteigerung in Berücksichtigung gezogen, denn wir giengen dabei eben von dem einzig richtigen Gesichtspunkte aus: es sei immerhin besser und vortheilhafter, etwas theurer, aber reell — als billig, aber umso schlechter bedient zu werden. So viel pro domo!

(Die diesjährigen Flottenmanöver.) Zum Zwecke der budgetmäßig auch für dieses Jahr festgestellten Flottenmanöver arbeitet man in Pola bereits an der Zusammenstellung der demnächst auszurüstenden Sommer-Escadre. Dieselbe wird abweichend vom vorigen Jahre nur aus zwei Panzerschiffen, den gepanzerten Fre-

gatten «Erzherzog Ferdinand Max» und «Habsburg», ferner dem Torpedoschiffe «Lussin» und Transportdampfer «Pola», welche letzterer Torpedoschutzmittel an Bord führen wird, und aus einer respectablen Torpedoboots-Flottille bestehen. Letztere wird sich aus dem neu erworbenen Torpedo-Rammkreuzer «Panther», dessen Außerdienststellung zur sofortigen Cernierung bereits angeordnet wurde, und aus zwölf Torpedobooten zusammensetzen. Aus dieser Zusammenstellung ist jedoch ersichtlich, dass die diesjährigen Flottenmanöver hauptsächlich sich mit der Erprobung der Torpedowaffe und mit der Aufgabe, vor dieser sich zu schützen, beschäftigen werden.

— (Herabsetzung der Brieffach-Gebür.) Vom 1. April 1886 an wird die Brieffach-Gebür bei den k. k. Aerial-Postämtern von monatlich 1 fl. 5 kr. auf monatlich 1 fl. 3 kr. herabgesetzt, und kann die Zahlung dieser Gebür auch für einen Monat im vorhinein erfolgen, falls die Partei nicht für einen längeren Zeitraum die Zahlung leisten will. Eine Rückzahlung von Differentialbeträgen (zwischen der früheren und der neueren Gebür) an die gegenwärtigen Besitzer von Brieffächern findet nicht statt.

Neueste Post.

Original-Telegramme der Laib. Zeitung.

Wien, 18. Februar. Im Budgetausschusse erklärte der Unterrichtsminister: An der Lehrer-Bildungsanstalt in Laibach wurde seit Beginn des Schuljahres die Zahl der slovenischen Stunden vermehrt, auch werden die Candidaten an den ultraquintischen Uebungsanstalten verwendet. Der Unterrichtsminister erklärt gegenüber Tonkli, es sei nicht seine Sache, sich bei Auskünften hinter bequemen Vorwänden zu verschanzten; er führe immer genau die Motive an, welche seine Maßnahmen begründen. Varenther interpellirte den Minister wegen Ausscheidung der Bücher, betreffend die deutschen Schlachten gegen Frankreich, aus den Schülerbibliotheken. Der Minister antwortete zunächst, sein Streben werde dahin gehen, dass gute und billige Lehrbücher geliefert würden. Gegenüber Lorenzoni muß der Minister ganz entschieden erklären, dass er auch künftig die deutschen Schulen in Tirol halten und heben werde. Gegenüber Kaltenegger bemerkte der Minister, er werde gewiss immer den politischen Agitationen der Lehrer energisch entgegengetreten.

Bezüglich der Entfernung eines Buches über die deutschen Schlachten gegen Frankreich führt der Minister aus, dass dies thatächlich geschah, die Indiscretion der Veröffentlichung seines Erlasses war jedoch nicht vollständig: den Anlaß zu dieser Maßregel bot eine Gerichtsverhandlung in Budweis, wo ein Gymnasialschüler durch die Lektüre dieses Buches derart fanatisirt worden war, dass er sich auf der Straße zu Majestätsbeleidigungen hinreißen ließ. Er that noch andere Aeußerungen, wovon nur ein «Pereat Austria» und «Vivat Bismarck» citirt werden können.

Der Minister erfüllte nur seine Pflicht, indem er auf Grund dieser Thatsache das Buch als ungeeignet verbot. Es könne niemandes Absicht sein, der Jugend die Heldenthaten des deutschen Volkes im Jahre 1870 vorzuenthalten. Er ist überzeugt, dass in allen Schülerbibliotheken sich zahlreiche Werke über diesen Gegenstand befinden, das dürfe jedoch niemals in jener aufregenden Weise geschehen, wie im fraglichen Buche. Wenn der Minister die unauffällige Entfernung verfügte, so waren pädagogische Gründe maßgebend, indem durch ein öffentliches Verbot leicht der entgegengesetzte Erfolg erzielt werde. Der Minister werde künftig die Schülerbibliotheken strengstens beaufsichtigen und niemals Bücher dulden, welche in patriotischer, sittlicher oder religiöser Beziehung Anstößiges enthalten.

Wien, 18. Februar. Nach einer der «Pol. Corr.» auf telegraphischem Wege aus Philippopol zugehenden Meldung ist Fürst Alexander von Bulgarien in Begleitung seines Bruders, Prinzen Franz Josef von Battenberg, daselbst gestern gegen 3 Uhr nachmittags eingetroffen. Auf seiner ganzen Reise und bei seiner Ankunft wurde dem Fürsten Alexander ein überaus enthusiastischer Empfang seitens der Bevölkerung zutheil. Im Gefolge des Fürsten befindet sich Ministerpräsident Karavelov.

Wien, 18. Februar. Das Amtsblatt veröffentlicht das Verbot der Pferde-Ausfuhr aus Bosnien und der Herzegovina nach dem Auslande.

Triest, 18. Februar. Wie man aus Rom nach Triest telegraphiert, wäre in Chioggia die Cholera ausgebrochen.

Budapest, 18. Februar. «Budapesti Közlöny» publicirt das Allerhöchst sanctionierte Gesetz, betreffend die Verlängerung der Mandatsdauer der Reichstags-Abgeordneten.

Budapest, 18. Februar. Ein Erlaß des Ministers des Innern an sämtliche Municipien unterfragt unter Hinweis auf die Neutralität des Staates Werbungen und Sammlungen für Bildung einer ungarischen Legion für Serbien.

Arad, 18. Februar. Zwei Husaren-Officiere, welche den Journalisten Wilhelm Horvath mißhandelten,

wurden infolge eines aus Budapest in Temesvar eingelangten Befehles in Haft gesetzt und das Untersuchungsverfahren eingeleitet.

London, 18. Februar. Die Königin hielt gestern in Windsor einen Conseil ab, in welchem Gladstone zum Geheimstiegelbewahrer ernannt wurde.

Belgrad, 18. Februar. Auf mündliche Vorstellungen der Vertreter der Mächte wegen Beschleunigung der Friedensverhandlungen wies Garasanin darauf hin, dass Serbien diesbezüglich allen guten Willen zeige, der serbische Delegierte trage nicht die Schuld an der Verzögerung.

Philippopol, 18. Februar. Fürst Alexander brückte beim Empfang der Consuln der fremden Mächte das Vertrauen in die demnächstige Lösung der ostrunelischen Frage und in die Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen mit Serbien aus.

Athen, 18. Februar. Ein Theil der großmächtlichen Escadre kreuzt vor Volo. Es herrscht große Unzufriedenheit über die unentschiedene Haltung der Regierung. Der Kriegsminister begibt sich nach Thessalien, um die dortigen Truppen zu inspiciere.

Landchaftliches Theater.

Heute (ungerader Tag): Eulenspiegel oder: Schabernack über Schabernack. Posse mit Gesang in vier Acten von Johann Nestroy.

Verstorbene.

Den 17. Februar. Josef Kavcic, Tischler, 65 J., Ruzthal Nr. 20, Wasserfuch.

Den 18. Februar. Michael Jento, Fabrikarbeiter, 41 J., Wienerstraße Nr. 8, Lungentuberculose.

Lottoziehung vom 17. Februar.

Prag: 79 48 67 62 29.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimeter auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimeter
	7 U. Mg.	736,91	1,0	W. schwach	bewölkt	
	18. 2 » N.	736,71	4,0	W. schwach	bewölkt	0,00
	9 » Ab.	737,62	1,8	W. schwach	bewölkt	

Unhaltend trübe, kein Sonnenblick. Das Tagesmittel der Wärme 2,3°, um 2,6° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: J. Naglic.

Ganzseidene Spitzenstoffe, 70 cm br.,
(schwarz und crème) fl. 1,20 per m ^{bis} fl. 27,80
(Chantilly, Guipure und echte Schweizer Stickerie) versendet meter- und rückweise tollfrei ins Haus das Seidenfabrik-Depot W. Henneberg (f. f. Hoflieferant), Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten 10 fr. Porto. (157) 2-2

Mein Hausmittel.

Schlammig in Steiermark. Euer Wohlgeboren! Für die Zusendung Ihrer echten Apotheker R. Brandts Schweizerpillen spreche ich Ihnen hiermit meinen besten Dank aus. Bei meinem hohen Alter kann ich mein Leben nur durch den Gebrauch dieses wahrhaft ausgezeichneten Medicaments erhalten. Ich nehme allabendlich zwei Stück dieser Pillen, welche sich bei Verstopfung, Sichts und bei durch Essen und Trinken verdorbenem Magen besonders wirksam erweisen. Zudem ich hiermit gerne Zeugnis gebe, zeichne ich mich mit aller Hochachtung als Ihr ergebener Florian Walcher, Handelsmann und Bäcker. Da in Oesterreich verschiedene Nachahmungen von Apotheker R. Brandts Schweizerpillen existieren, so achte man genau darauf, dass jede Schachtel als Etiquette ein weißes Kreuz im rothen Grunde und den Namenszug R. Brandts trägt. (566)

Aus Anlaß des Hinscheidens unserer unvergesslichen Mutter, beziehungsweise Großmutter, der hochgeschätzten Frau

Katharina Burger-Thomann
Hausbesitzerin

spreche ich für die bewiesene warme Theilnahme, für die vielen sinnigen Kranzspenden, für das zahlreiche Beileide zur letzten Ruhestätte allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen wärmsten und innigsten Dank hiemit aus.

Laibach, 18. Februar 1886.

Josef Burger
als Sohn.

Habt acht!

Soeben erschien das erste Heft und halte vorräthig:

Illustrirte

Geschichte der k. k. Armee

dargestellt in allgemeiner und specieller culturhistorischer Bedeutung, von der Begründung und Entwicklung an bis heute.

Mit vielen theils mit den Epochen gleichzeitigen, theils neuen Illustrationen (Voll- und Farbenbilder) hervorragender Künstler, darstellend: Porträte, Ansichten Schlachtenbilder, geschichtliche Scenen, Kostüm- und Waffenabbildungen, Soldatentypen aller Jahrhunderte, Pläne etc.

Das Werk erscheint in 30 Heften à 30 fr.

Abonnements übernimmt

(810-1)

J. Giuntini, Laibach.

